Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme der Ankündigungen: Werktags 10 U. Sonn. 8–9 Uhr Morgens. Sonntags U. Sonn. 11–½1 Uhr Mitt. In Sachsen: Gr. Hainichen 5 mit an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben: 15 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Breitzeile) 40 Pfg. Grundzeile für Dresdner oder nach Dresden 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c. jes. 10 Pfg. nach besonderem Tarif.
Unbestellte Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Auflindigungen ohne Unentgeltliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897

Joppen für Herren und Knaben. Grosse, immer neue Auswahl zu billigsten Preisen. **Saccos**
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Simon's Annen-Hof
Dresden (im Centrum der Stadt).
Vorzügliches **Mittelstands-Hôtel** für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.

Reise-Artikel
als: Reisetaschen, Reise-Necessaires, Apotheken, Besteck-Etuis, Plaidhüllen etc. empfiehlt in reichster Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

Vornehme Tapeten
von dekorativer Wirkung, sowie Original-Tapeten der ersten englisch. Fabriken empfehlen
Tapetenhaus **F. Schade & Co.** Victoriastr. 2

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz 6 **Altmarkt** 6
Hoflieferant — Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3 (Hofgebäude).

Sfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79. Trocken-Fütterung.

Nr. 146. Spiegel: Obstruktionspolitik. Hofnachrichten, Landtagskartell, Blumenkorso, Terrassenfest, Barbier- und Friseur-Innung, Zoologischer Garten, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | Muthmaßliche Witterung: Vorübergehende Besserung. | **Donnerstag, 27. Mai.**

Politisches.

Im Reichstage ist in den letzten Tagen wiederholt Obstruktionspolitik getrieben worden. Die Freisinnigen im Bunde mit den Sozialdemokraten waren bemüht, das Zustandekommen der Handwerkervorlage zu vereiteln, indem sie die Beschlußunfähigkeit des Hauses künstlich dadurch herbeiführten, daß sich eine hinreichende Anzahl ihrer Parteigänger der Zählung oder Abstimmung entzog. Formell läßt sich gegen dieses Verfahren insofern nichts einwenden, als der Antrag auf namentliche Abstimmung, wodurch die Beschlußunfähigkeit festgestellt wird, ein geschäftsordnungsmäßig zulässiges Mittel ist, um zu verhüten, daß wichtige Entscheidungen durch ein beschlußunfähiges Haus zu Stande kommen. Ueberdies hat es ja die Majorität, besonders wenn sie, wie in dem vorliegenden Falle, eine große ist, in der Hand, diese Art von Obstruktion einfach dadurch unwirksam zu machen, daß alle Mitglieder der Mehrheit pflichtgemäß den Sitzungen beiwohnen. Eine vornehme parlamentarische Kampfesweise ist es freilich nicht, wenn im Reichstage anwesende, der Opposition angehörige Abgeordnete absichtlich der Abstimmung fernbleiben, um die zur Beschlußfassung erforderliche Stimmenzahl nicht zusammenkommen zu lassen. Im parlamentarischen Leben in Deutschland ist bisher die Ansicht, mit der man diese Obstruktionstaktik zu rechtfertigen sucht, daß nämlich die Mehrheit allein für die Beschlußfähigkeit zu sorgen habe, nicht bethätigt worden; erhielte diese Ansicht grundsätzliche Geltung, so würde in vielen Fällen, vornehmlich überall da, wo die Mehrheit nur um ein Geringes die Beschlußfähigkeitsziffer übersteigt, bei wichtigen Entscheidungen eine Beschlußfassung überhaupt nicht erzielt werden können.

Die im deutschen Reichstage beliebte Obstruktionsweise, so illoyal und rücksichtslos sie auch sein mag, erscheint aber fast nur als eine Harmlosigkeit im Vergleich mit jener brutalen Obstruktion, durch die in der letzten Zeit im österreichischen Abgeordnetenhause die Verhandlungen unmöglich gemacht worden sind. Diejenigen Parteien, die sich vorzugsweise berufen fühlen, die deutschnationalen Interessen zu vertreten, sind es leider, die zu dem rohesten und widerlichsten Mittel gegriffen haben, um die parlamentarische Arbeit lahmzulegen. Die radikal-demokratischen Raddan- und Rassen-Antisemiten unter Führung Schönerer's haben sich in Opposition gegen die Badeni'schen Sprachenverordnungen mit den sog. Judenliberalen verbündet, um durch unaufhörliche Erregung von Skandal und Tumult die Erledigung der Geschäfte der Volksvertretung zu verhindern und diese auf das Niveau anarchistischer Versammlungen herabzudrücken, in denen Diejenigen Sieger bleiben, die den wüstesten Spektakel aufführen, am lautesten schreien und schimpfen können und vor Handgreiflichkeiten nicht zurückschrecken. Wenn man Vorgänge liest, wie sie jetzt im Abgeordnetenhause in Wien an der Tagesordnung sind, so glaubt man sich in die Zeit revolutionärer Gährung versetzt, wo die leidenschaftliche Erregung alle Besonnenheit und Würde zu nichte macht, wo sich das wildeste Toben und Lärmen der Straße und die Kampfesweise der Barrikadenhelden bis in die Parlamente fortsetzt. Eine Skandalscene übertrumpft in der Hauptstadt an der Donau die andere; eine solche Fluth von Schmähungen und Beleidigungen ist selten über Minister und Parteiführer ausgegossen worden, wie in den letzten Wochen im griechischen Tempel am Franzensring in Wien. Wenn man geglaubt hatte, das höchste Maß von Ungezogenheiten, der gegenseitigen Beschuldigungen und der Tobsucht sei in einer Sitzung erreicht, durch den Verlauf der nächsten Sitzung wird man belehrt, daß noch ärgere Verstöße gegen jeden Anstand und jede parlamentarische Ordnung vorkommen können, und es scheint fast, daß die Steigerung der Krawalle im Wiener Reichsrath in's Ungemessene fortgeht. Die Scenen, die sich dort am Montag stundenlang abgespielt haben, gehören selbst in den Parlamenten Frankreichs oder Italiens zu den Seltenheiten und spotten jeder Beschreibung. Nicht ein Sturm, ein rasender Orkan herrschte schließlich im Saale des Reichsraths. Die Mitglieder der Majorität, die durch die Tumulte vergewaltigt werden sollte, wurden nach dem Berichte eines liberalen Blattes durch die deutschen Abgeordneten in geradezu furchtbarer Weise niedergeschrieen, und alle Versuche, sich vernehmbar zu machen, endeten mit vollständiger Heiserkeit. Auf die Pulte wurde gehämmert; ein liberaler Abgeordneter zertrümmerte in seiner Wuth ein Pult, während seine Genossen mit passenden Instrumenten ein solches Getöse verursachten, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Von den Schimpfworten, die gebraucht wurden, lassen sich die meisten aus Rücksicht auf den Anstand gar nicht wiedergeben. Als die Sitzung wieder aufgenommen worden war, wurden die Tumulte noch ärger als zuvor. Die Pulte wurden mit Brettern bearbeitet, die Läden herausgerissen und auf den Boden geworfen. Man stampfte mit den Füßen und Dutzende zerrissener Geschäftsordnungen flogen durch die Luft. Man zielte auf die Ministerbank und traf anstatt des Grafen Badeni, dem das Wurfgeschoß zugedacht war, den Handelsminister Baron Glanz. Die Hälfte einer Geschäftsordnung flog dem Vicepräsidenten Dr. Kramárcz an den Kopf, die andere Hälfte fiel auf den Tisch des Vicepräsidenten Ritter von Abrahamowicz nieder. Einige Abgeordnete machten aus den Geschäftsordnungen Knäuel, die sie gegen das Präsidium warfen. Den Stenographen wurden die Manuskripte aus den Händen gerissen und in Stücke zerrissen. Die Erregung steigerte sich von Minute zu Minute und nahm nach den vorliegenden Schilderungen einen unheimlichen Charakter an, sodaß sich der Ministerpräsident vor der entsetzlichen Katzenmusik in eine Ecke flüchtete. Das dreistündige parlamentarische Chaos endete mit dem Schluß der Sitzung.

An der Spitze des parlamentischen Rowdythums, das solche Orgien feiert, stehen jene demagogischen Reichsrathsabgeordneten, mit denen sich jüngst Herr Oswald Zimmermann verbrüdert hat, die sich hier in Dresden nach der polizeilichen Auflösung der Protestversammlung mit den Führern der Reformpartei umärmelten und im Rhythmus des Tschunkelwalzers die „Wacht am Rhein" und „Deutschland, Deutschland über Alles" abbrüllten. Wenn es Herr Oswald Zimmermann nach den Vorgängen, die seine neuen Freunde in Oesterreich im Reichsrathe zu Stande gebracht haben, heute noch wagen sollte, es für eine echt deutsche Großthat zu preisen, diesen parlamentarischen Pöbel seinen Dresdner Parteigenossen als Prachtexemplare deutscher Art und Sitte vorgeführt zu haben, so würde er damit zeigen, welcher Sorte von Parlamentariern er nach seiner eigenen Schätzung zugerechnet werden will und was er für die wesentlichen Eigenschaften des Deutschthums ansieht. Diese österreichischen Bundesbrüder des Herrn Zimmermann sind Leute, die ihre ganze Kraft und Bedeutung nur aus den Wirkungen schöpfen, die sie durch ihre demagogischen Agitationen erzielen, denen es nicht auf eine sachliche und gedeihliche Erledigung der parlamentarischen Arbeiten ankommt, sondern die sich nur auf der Bildfläche zu erhalten vermögen, wenn sie die Verhandlungen stören und verbittern können; die bei ihrer inneren Nichtigkeit nur in dem unaufhörlichen Lärm gedeihen, den sie systematisch veranstalten. Die Würde und das Ansehen des Parlaments ist ihnen gleichgiltig, obwohl sie sich brüsten, Vorkämpfer der Volkssouveränetät zu sein, wie sie in dem Parlamentarismus zum Ausdruck kommt. Nicht um ein Prinzip oder um ein Programm ist es dieser Demagogie zu thun. Diese sog. deutschnationale Volkspartei Schönerer's glaubt zwar, den wahren Antisemitismus als Monopol zu besitzen; das hindert sie aber nicht, sich zu einer revolutionären Obstruktionspolitik, die allen Parlamentarismus zu nichte macht, mit dem fortschrittlichen Liberalismus zu verbinden, nachdem sie diesen bisher als die Partei des Judenthums mit allen Mitteln bekämpft hat. Mit Recht wird diese anarchistische Obstruktionstaktik der Deutschnationalen und der Deutschliberalen von den Christlich-Sozialen unter der Führung Dr. Lueger's auf das Entschiedenste bekämpft; durch ein Demonstriren und Protestiren, dessen Wesen nur der wüsteste und widrigste Skandal ist, kann nur verhütet werden, daß das Deutschthum wieder ein maßgebender politischer Faktor in der habsburg'schen Monarchie wird, dergestalt, daß eine Behandlung der deutschen Bevölkerung, wie sie durch die Badeni'schen Sprachenverordnungen stattgefunden hat, von vornherein ausgeschlossen sein müßte.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 26. Mai.

* Prag. In zahlreichen Gemeinden des Bezirkes Gitschin hat der Wolkenbruch am 23. d. M. großen Schaden verursacht. 2 Menschen sind ertrunken; 6 Häuser und 12 Brücken sind eingestürzt und 40 Häuser stark beschädigt. Es herrscht große Noth.

* Athen. Ein lebhafter Auftritt fand heute zwischen dem Minister Ralli und dem italienischen Deputirten di Felice im Marineministerium statt. di Felice stellte Ralli in gröbster Weise und unter beleidigenden Ausdrücken zur Rede; Ralli rief die Polizei und beauftragte dieselbe, Felice auf ein italienisches Panzerschiff im Piräus zu bringen, mit der Bitte, ihm nicht zu gestatten, griechischen Boden wieder zu betreten.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht der Nachtragsetat betr. die Besoldungsverbesserung. Es liegen dazu außer den Vorschlägen der Kommission noch vor: ein Antrag Roon, Hammacher und Gen., das Höchstgehalt der Divisionspfarrer auf 4200 Mk. statt 3900 Mk. festzusetzen, ferner ein Antrag Bassermann, bei dem Heere die Buchhalter bei der Zahlstelle des 14. Armeekorps (nach der Vorlage und den Kommissionsbeschlüssen 1800 bis 2900, durchschnittlich 2350 Mk.) den Geheimsekretären bei der Militärkasse (1800 bis 3300, durchschnittlich 2550 Mk.) gleichzustellen. — Abg. Rickert (freis. Ver.) verlangt Abschaffung des Kautionswesens. — Schatzsekretär Graf Posadowsky sagt zu, nochmals in Erwägungen einzutreten und sich auch mit der preußischen Regierung darüber in Verbindung zu setzen; gegebenen Falls, wenn die verbündeten Regierungen zustimmten, würde er nicht versäumen, schon in der nächsten Session, wenn es irgend möglich, eine Vorlage einzubringen. — Abg. Richter (freis. Volksp.) erklärt, seine Freunde würden gegen die Besoldungserhöhungen für die Offiziere stimmen, da sie nach wie vor der Ansicht seien, daß diese Besoldungsverbesserungen nicht vorzunehmen seien, ohne gleichzeitige Beseitigung des Kommunalsteuerprivilegiums der Offiziere. Die Mehrforderungen an Besoldungen für Offiziere und Militärärzte 2c. in Tarifklasse 4 und 3 des Wohnungsgeldzuschusses werden nach den Vorschlägen der Kommission genehmigt, desgleichen die in Tarifklasse 2. Bei den Besoldungen der Tarifklasse 1 bedauern die Abgeordneten Roon (deutschkons.) und Zimmermann (deutsche Reformp.), daß wegen des Widerstrebens des Schatzamtes nicht die Gehälter der Zahlmeister bei den Truppen noch etwas erhöht worden seien. — Abg. Lieber (Centr.) stellt demgegenüber fest, daß der Schatzsekretär weiter nichts gethan habe, als die Vorlage der verbündeten Regierungen zu vertreten. — Abg. Bassermann (nat.-lib.) empfiehlt seinen oben mitgetheilten Antrag. — Geh. Rath Neumann bittet um Ablehnung des Antrags, welchem Wunsche sich auch der Abg. Lieber anschließt. — Der Antrag wird abgelehnt und auch hier die Position in der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe genehmigt. Bei Tarifklasse 5 hat die Kommission verschiedenen Beamtenkategorien bei den Postverwaltungsbureau-, bei Rechnungsbeamten 2c., Telegraphen- und Ober-Telegraphen-Assistenten und Postverwaltern den Höchstgehalt um 300 und den Durchschnittsgehalt um 150 Mk. erhöht. In der Vorlage fehlte ein derartiger Vorschlag. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Abg. Lieber erklärte Schatzsekretär Graf Posadowsky, die verbündeten Regierungen halten daran fest, daß der Reichstag jetzt nicht in der Lage ist, Besoldungserhöhungen für Kategorien, welche nicht in der Vorlage stehen, zu beschließen, aber es versteht sich von selbst, daß solche Beschlüsse des Hauses durch die Zustimmung der verbündeten Regierungen bestätigt werden können. Im parlamentarischen Leben ist man auf die Verständigung angewiesen, und ich darf wohl annehmen, daß eine solche bis zur dritten Lesung erzielt werden wird. — Abg. Werner (Ref.) droht, die ganze Vorlage abzulehnen, wenn der hierauf bezügliche Beschluß des Hauses vom Bundesrath abgelehnt wird. — Abg. Lieber (Centr.) will auf die staatsrechtlichen Ausführungen des Schatzsekretärs nicht näher eingehen. Dieser habe ja in Aussicht gestellt, daß die Regierungen erörtern würden, ob sie das, was der Reichstag als heilbedürftig ansehe, heilen wollen. Damit könne man sich einstweilen zufrieden geben, um so mehr, als das größere Interesse an dem Zustandekommen der ganzen Vorlage auf Seiten der verbündeten Regierungen liege. — Abg. Rickert (freis. Ver.) äußert sich in gleichem Sinne. Das Haus stimmt dem Beschluß der Kommission einstimmig zu. Weiterhin ersucht der Schatzsekretär, einen von der Kommission vorgenommenen Abstrich an dem Gehalt der Rendanten des Invalidenfonds und der Legationskassen, sowie des Kammer-Inspekteurs wieder rückgängig zu machen. Nach kurzer Debatte entspricht das Haus diesem Ersuchen. Auch die von der Kommission vollzogenen Abstriche an den Gehältern der Intendantur- und Bauräthe, bei dem Heere, dem Garnisonsbauamt, bei der Marine, der Oberposträthe, Posträthe und Postbauräthe bitten der Schatzsekretär, sowie der Unterstaatssekretär Fischer wieder rückgängig zu machen. Das Haus beläßt es bei dem Beschluß der Kommission. Der Eingangs erwähnte Antrag Roon betr. Divisionspfarrer wird nach kurzer Debatte angenommen. Der Rest der Besoldungsvorschläge wird gemäß dem Beschluß der Kommission erledigt. In das Dispositiv ist von der Kommission eine Bemerkung aufgenommen, daß Besoldungs-Ersparnisse (durch zeitweilig unbesetzte Stellen) der Reichskasse zuzuführen sind; dem wird zugestimmt. Ein anderer, schon in der Regierungsvorlage enthaltener Vermerk will, daß eine Zahlung von den Servis-Zuschüssen an die Beamten nicht mehr erfolgen soll, auch nicht an die bisher Servisberechtigten. — Abg. Rickert beantragt, diesen Vermerk zu streichen. Der Antrag wird angenommen. Damit ist die Vorlage erledigt. Die Kommission schlägt dann noch vier Resolutionen vor betr. Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre der Marine, der Justiz, des Schatz- und des Postamtes auf je 30,000 Mk. — Abg. Bebel bekämpft diese Resolution, dieselbe wird aber angenommen; ebenso die Resolution betr. Pferdegelder bez. nicht pensionsfähiger Zulagen für Regimentskommandeure, sowie betr. Ermäßigung der Remunerationsfonds und betr. möglichster Ersparungen hierbei schon im laufenden Etatsjahr. Endlich befürwortet noch Abg. Singer seine Resolution betr. Gehaltserhöhung für Post-Unterbeamte und Landbriefträger vom nächsten Etat an. Fordere man die Regierung auf, das Gehalt der Staatssekretäre um 6000 Mk. zu erhöhen, so werde es wohl nicht unmöglich sein, dem Wunsche, das Gehalt der Landbriefträger um 100 Mk. zu erhöhen, zu entsprechen. Die Resolution wird einstimmig angenommen. Es folgt die zweite Berathung der Nachtragsetats. Bei den Forderungen für das Heer (Feldartilleriematerial) erklärt Abg. Richter: Wir vaterlandslosen Gesellen sind bereit, für diese große Ausgabe zu stimmen zur Erhaltung der Wehrkraft des Heeres; gerade mit Rücksicht auf diese große Ausgabe haben wir ja auch die Abstriche an den Forderungen für die Marine vorgenommen. Alles, was für die Wehrkraft des Reiches nöthig erscheint, haben wir bisher bewilligt; als Vaterlandslose, die wir nun einmal sind, werden wir auch diese Forderung bewilligen und auch die weiteren Konsequenzen ziehen, die etwa noch aus dieser Forderung entstehen sollten. Die betr. Forderung wird dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt, ebenso die für das Präsidialgebäude, nachdem Abg. v. Staudy Namens der Mehrzahl der Konservativen sich gegen eine auf Ankauf noch weiteren benachbarten Terrains abzielende Resolution Schmidt-Spahn erklärt hatte, welch letztere gleichfalls mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die übrigen Forderungen der drei Nachtragsetats wurden fast debattelos genehmigt. — Nächste Sitzung: Dienstag den 22. Juni: Dritte Lesung der Handwerkervorlage.

Berlin. Das Herrenhaus setzte die Berathung des Staatshaushalts fort. Bei dem Etat für Handel und Gewerbe wurde die Durchführung des Börsengesetzes bemängelt und namentlich eine Regelung der Börsenverhältnisse in Königsberg verlangt. Minister Brefeld erwiderte, daß bei den Unterhandlungen mit den betheiligten Faktoren der Wunsch ausgesprochen worden sei, den Erfolg der Verhandlungen mit der Berliner Börse abzuwarten. Graf Klinkowström erklärte sich bereit, mit der Börse Frieden zu schließen, doch müsse man nicht immer verlangen, daß die Landwirthschaft nachgebe. Geh. Kommerzienrath Frenzel erklärte, den Wunsch nach einer gütlichen Einigung zu theilen. Bei dem Eisenbahnetat theilte Minister Thielen mit, daß der Bau von Kleinbahnen einen ungeahnten Aufschwung genommen habe; leider würden diese Anlagen mehr auf ihre Rentabilitäten als in den Interessen des Verkehrs angelegt. Weiterberathung Freitag.

Berlin. Der Bundesrath hat heute die Mittheilung des Präsidenten des Reichstags über den Reichstagsbeschluß zu dem von den Abgg. Rickert und Genossen eingebrachten Entwurfe eines Gesetzes betreffend das Vereinswesen, den zuständigen Ausschüssen zur Berathung überwiesen. — Der Kolonialrath hat heute seine Tagung beschlossen. In den ständigen Ausschuß wurde an Stelle des Herzogsregenten Johann Albrecht zu Mecklenburg zum Vorsitzenden Staatssekretär a. D. v. Jakobi, an des Letzteren Stelle Geh. Oberpostrath Kraetke gewählt. Hierauf war die Versammlung in die Berathung der Vorlage betreffend die Einführung der Gewerbesteuer in Deutsch-Ostafrika, eingetreten und hatte im Prinzip der Einführung dieser Steuer zugestimmt. Bei der Ausführung dieser Vorlage wurden aber vom Kolonialrath einige neue Gesichtspunkte empfohlen. — Die Aussichten für das Zustandekommen der Novelle zum Vereinsgesetz im Abgeordnetenhause sind sehr ungünstig, da bei der zweiten Lesung sich schwerlich für irgend eine positive Form eine Mehrheit finden dürfte. Das Centrum ist fest entschlossen, auch gegen die Kommissionsbeschlüsse zu stimmen. Die Konservativen bleiben bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Kommissionsfassung; selbst über die drei konservativen Anträge zu Artikel 1 und 2 ist man in der konservativen Fraktion getheilter Meinung. Die Nationalliberalen werden unter keinen Umständen sich abspleittern. Die drei konservativen Anträge werden daher eine starke Mehrheit gegen sich haben. — Das Abgeordnetenhaus nahm heute die Vorlage wegen Verstaatlichung eines Theiles der Aachen-Mastricher Eisenbahn in zweiter Lesung an und erledigte dann gleichfalls in zweiter Lesung das Handelskammergesetz. Freitag: Zweite Lesung der Vereinsgesetz-Novelle.

Berlin. Prozeß Tausch (dritter Tag). Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Rösler bemerkt bei Eröffnung der Sitzung, daß er die zu heute geladenen Zeugen wieder entlassen müsse, da er im günstigsten Falle heute nur die Vernehmung der beiden Angeklagten zu Ende führen könnte. Oberstaatsanwalt und Vertheidiger erklären, daß sie sich Mühe geben werden, nicht Dinge in die Verhandlung zu ziehen, die außerhalb des Rahmens der Anklage liegen. Die beantragte Vernehmung des Ministers v. d. Recke wird abgelehnt. Ferner theilt der Vorsitzende mit, daß